

**Von Niels Kadritzke, 12. Mai 2010**

Lieber Elmar,

im att. ich mir ein paar Bemerkungen zu dem attac-Papier, das du mit verfasst hast und dessen Tenor ich einleuchtend finde, jedenfalls was die Stoßrichtung gegen die Finanzmärkte, Banken usw. betrifft. Abgesehen davon, dass es m.E. ziemlich überflüssig ist, den IWF besonders zu dämonisieren, in Athen jedenfalls spielt er eine fast mäßige Rolle im Vergleich mit EU und Eucofin.

(ich hab mich dazu in einem Papier für die FES geäußert, das am Freitag bei den Internationalen Politikanalysen erschienen ist, mit einer guten Einleitung von Thomas Fricke, die ich sehr bedenkenswert finde).

Ich weiß ja nicht, ob bei euch noch größere Diskussionen über solche Verlautbarungen stattfinden. Aber ich will es nicht versäumen, wenigstens dir zu bedenken zu geben, dass die Verdrängung oder Unterschlagung wichtiger Aspekte die verdienstvolle und gut gemeinte Analyse eines Problems in ihrer Wirkung schwächen.

Das allein will ich mit meiner Kritik sagen, weshalb ich auch kein Blatt vor den Munde nehme. Herzlich Niels

**Attachment:**

In dieser Darstellung gibt es eine Reihe gravierender Mängel und v.a. Lücken, die dem Papier ein gutes Stück Glaubwürdigkeit nehmen und damit – aus meiner Sicht - kontraproduktiv wirken. Wenn man die Politik gegenüber GR kritisieren will – und das sollte man unbedingt tun – kann man das nur, wenn man auch die strukturellen Defizite, Versäumnisse und skandalösen Verhältnisse im Lande selbst benennt. Und zwar jenseits des Hinweises, dass es die Falschen trifft und dass immer die Armen die Dummen sind (was auch in diesem Fall zutrifft). Wo diese kritische Dimension fehlt, entsteht der Eindruck, dass die Verfasser vom konkreten Fall Griechenland zu wenig Ahnung haben.

Besonders fahrlässig sind m. E. folgende Punkte behandelt:

1. Es fehlt jeder Hinweis auf das katastrophale und in der Tat systemische Defizit bei den öffentlichen Finanzen, das ein Produkt des parasitären Klientelstaates ist. Der Begriff, der ein Schlüssel für das Elend des modernen Griechenland ist, fehlt völlig. Es ist ja schon langweilig, aber dennoch wahr: Jede Partei, die Wahlen gewinnt, holt ihre Leute rein und schiebt die alten auf andere öffentliche Stellen. Das führt zu einem doppelten Defekt:
  - dem quantitativen Problem, dass es viel zu viele öff. Bedienstete gibt, die das Personalbudget belasten;
  - dem qualitativen Problem, dass viele Leute auf Stellen sitzen, für die sie weder qualifiziert noch motiviert sind, weil sie entweder die Stelle nur ihren Beziehungen verdanken, oder auf eine x-beliebige Stelle abgeschoben wurden.

Dieser doppelte Effekt ist dafür verantwortlich, dass der öffentliche Dienst in der Tat eine Art Wasserkopf ist, und dass die Qualität seiner Dienstleistungen so mies ist, dass die meisten Griechen jeden Respekt vor dem Staat verloren haben. Das erklärt übrigens die höchst begrenzte Sympathie der breiten Bevölkerung für die Streiks, weil diese vor allem von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes getragen werden.

2. Ein Staat, der weit mehr öffentliche Bedienstete hat, als er sinnvoll beschäftigen kann, und zugleich einen grauen Sektor zulässt, der ihn um einen wesentlichen Anteil der Staatseinnahmen betrügt, kann natürlich so nicht weitermachen. Der Hinweis auf den Kampf gegen Steuerhinterziehung reicht da nicht aus (denn z.B. gibt es wegen dieses Systems nur wenige motivierte Finanzbeamte, die die öffentlichen Einnahmen wirksam erhöhen statt in die eigene Tasche zu wirtschaften). Die Verdoppelung des Defizits von 2009 geht genau auf diese beiden Faktoren zurück: In einem Wahljahr werden regelmäßig die Bemühungen eingestellt, Steuern einzutreiben (um die eigene Klientel zu

schonen), zugleich werden noch kurz vor den Wahlen Parteileute eingestellt, um ihnen ein Lebenseinkommen zu verschaffen.

Deshalb muss der Staat natürlich Personalkosten einsparen. Aber weil man den überflüssigen Leuten (und das sind 20 bis 25 Prozent) nicht kündigen kann, muss man das Gehaltsniveau beschneiden. Sich über diese Notwendigkeit hinwegzumogeln finde ich feige. Und zwar auch deshalb, weil diese Einsicht in der gr. Gesellschaft schon immer unausgesprochen da war, jetzt aber auch offen ausgesprochen wird. Die Griechen selber wissen also, dass es auf diesem Gebiet nicht weiter geht. Ihr aber bescheinigt ihnen - von außen und mit meinetwegen löblichen Motiven - dass im Grunde **nur** die Spekulanten schuld sind.

3. Die Spekulation zu geißeln, ohne auch nur anzudeuten, warum die Gangster gerade auf Griechenland spekulieren, ist keine ehrliche Analyse und damit unglaubwürdig. Natürlich sollen die Lehrergehälter nicht gekürzt werden, die niedrig genug sind, aber der öffentliche Dienst im weiteren Sinne hat eine parasitäre Dimension, die beseitigt werden muss, und der Klientelstaat ist ein Krebschaden der Gesellschaft, der mindestens so bekämpfungswert ist wie die obszöne Mentalität der Reichen, die natürlich in einem solchen Staat bessere Chancen haben als die kleinen Leute. Aber die Grundlage ist ein systemischer Defekt, die ungleiche Verteilung ist davon eher die Folge.

Das nicht zu benennen erweckt den Eindruck, dass dieses Papier sich gar nicht spezifisch auf Griechenland bezieht; und natürlich weckt es den Verdacht, dass die Verfasser die griechischen Verhältnisse entweder nicht ausreichend kennen oder eine unangenehme Realität bewusst ausblenden.

4. Die wachsende Staatsschuld ist in GR also vor allem ein endogenes Problem und nur zum kleineren Teil eine Konsequenz der Einheitswährung. Zum Beispiel hätte man die EU-Gelder sehr wohl zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verwenden können, wegen des Klientelsystems aber sind sie weitgehend in privaten Taschen versickert. Es stimmt ja, dass der starke Euro den Griechen die Exportchancen mindert, aber dass sie gar nix mehr für den Export produzieren können, liegt weit mehr an der Wirtschaftspolitik etlicher Regierungen seit 1981.

Auffallend ist in diesem Teil auch, dass ihr eigentlich denen recht gebt, die sagen: GR hätte gar nicht dem Euro beitreten dürfen. In dem Fall aber würde das Land heute noch viel schlechter dastehen: mit einer inflationären Drachme und unsinnig hohen Importpreisen, die vollends die Wirtschaft abwürgen würden.

5. Aus dem Papier ergibt sich dann sofort die Frage: Wenn der große Schnitt kommt (Insolvenz, Teilabschreibung der Schulden), was heißt das? Natürlich auch Ausschluss aus der Eurozone, wie immer das die anderen dann bewerkstelligen können. Im Grunde befürwortet ihr also etwas, was nur eine Minderheit der Griechen will, weil sie zu Recht fürchten, was daraus folgt: die Verewigung der Misere (wie in Argentinien) und eben kein neues Entwicklungsmodell (es sei denn, sie verkaufen das ganze Land an Immobilienhändler aus der Eurozone). Deshalb müsste m.E. aus eurer Analyse, dass das Sparprogramm die griechische Wirtschaft abwürgt, ein anderer Schluss folgen: Streckung des Sparprogramms auf eine längere Zeit, ermöglicht durch eine Prolongierung der umlaufenden Staatspapiere (ich gebe zu, dass ich kein Fachmann bin auf diesem Gebiet, aber der Vorschlag leuchtet mir weit mehr ein als euer Insolvenzmodell, dem die Griechen ganz sicher nicht zustimmen würden).

6. Eine völlig unnötige Belastung dieses Papiers ist der Hinweis auf die deutschen Okkupations-Entschädigungen. Das kann man natürlich erwähnen als zusätzliche moralische Dimension, die gerade die deutsche Seite zu beachten hätte. Aber wenn dem so viel Bedeutung beigemessen wird wie in eurem Papier, macht ihr euch eine Argumentation zu eigen, die in GR aus guten Gründen jedenfalls for the time being aufgegeben wurde.

- Die Forderung ist moralisch berechtigt, aber erstens wurde der richtige Zeitpunkt leider verpasst (ich habe mir darüber 1992/93 die Finger wund geschrieben) und leider ist die Forderung juristisch nicht durchzusetzen. Da liegt die moralisch löbliche Argumentation einfach völkerrechtlich schief: Das Prinzip der Staatenimmunität ist (trotz der ital. Urteile) nicht zu kippen, da wird die Berliner Regierung am Ende beim IGH einfach recht behalten. Wenn man damit überhaupt in dieser Phase kommen will, sollte man auf die Rückzahlung der Anleihe der Nazi-Besatzungsverwaltung setzen, da hat man beim IGH viel bessere Chancen.

- Diese Forderungen mit einem Kreditprogramm zu vermischen bringt zu diesem Zeitpunkt überhaupt nix. Das haben selbst die griechischen Medien eingesehen, denn die Forderung spielt längst keine Rolle mehr (und war im Februar nur eine spontane Reaktion auf den infamen Focus-Artikel). Und wenn man einen Schuldenschnitt verlangt, wird es vollends absurd, weil die deutsche Seite in dem Fall argumentieren könnte (und würde), dass der Verzicht auf Rückzahlung eines Teils der griechischen Kredite mit einer Rückzahlung von irgendwelchen moralischen Schulden identisch ist.

- als kleine Anmerkung nur der Hinweis auf einen sachlichen Fehler: Paech tut so, als hätte die Regierung Simitis willkürlich die Kompetenz der dritten Gewalt beschnitten, als sie die Versteigerung des Goethe-Instituts und des DAI verhindert hat. Das stimmt aber nicht, denn diese Aktion war per Gesetz von der Zustimmung des Justizministers abhängig, und es war völlig gesetzeskonform, sie zu verweigern. Und politisch das allemal richtig, weil damals in Athen nur Idioten dafür waren, so wichtige und (für beide Seiten) nützliche Institute zu verscherbeln. Das DAI als eines der wichtigsten Institute zur Erforschung der Antike zu versteigern war damals fast genau so absurd, wie es heute der Verkauf der Akropolis wäre. Das scheint dem Verfasser nicht aufgefallen zu sein. Dass so ein Absatz in dem Papier auftaucht, macht diesen Teil schon ein bisschen lächerlich, übrigens auch in den Augen der meisten Griechen.

Niels Kadritzke

### **Antwort Elmar Altvater:**

Lieber Niels,

viele Deiner Bemerkungen sind berechtigt. Wenn wir mehr Zeit gehabt hätten für die Erklärung, wäre sie sicherlich differenzierter ausgefallen. Doch der Druck war groß und verlangt in der öffentlichen Auseinandersetzung Gegendruck, d.h. Gegenargumente. Das ist unsere zivile Art und Weise, Druck auszuüben. Warum die Eile? Erstens wegen des öffentlichen Diskurses, sofern man dieses vornehme Wort für das primitive Griechen-Bashing in vielen Medien verwenden will. In einer Schulden- und/oder Finanzkrise sind immer beide Seiten zu beachten: Schuldner und Gläubiger. Die Finanzinstitute brauchen Schuldner, denen sie den Schuldendienst abverlangen, so lange diese dienen können. Wenn nicht, müssen die Gläubigerbanken ihre Kredite teilabschreiben. Das wollen sie natürlich nicht und daher wird auf Schuldner Druck ausgeübt und gleichzeitig werden neue Umschuldungsdarlehen gegeben. Das geschah im griechischen Fall ganz nach dem Muster der Schuldenkrise der 80er Jahre, als der "Washington-Konsens" ausgearbeitet wurde - von IWF und Weltbank, und daher ist es überhaupt kein Zufall, dass jetzt der IWF im griechischen Fall dabei ist. Diese Zusammenhänge gehören in jede kritische Analyse der "griechischen Tragödie".

Die wird ja noch zugespitzt durch die vielen Unterweltsgestalten, die die Bühne bevölkern, z. B. Rating-Agenturen, Fonds, die offiziellen Beratungsgremien von EU, OECD, EZB etc. Die führen ein Eigenleben, "disembedded" aus der Gesellschaft, würde Polanyi sagen. Als S&P Griechenland am 26.4. gleich zwei Rating-Etagen die Treppe hinuntergeworfen hat, war zuvor nichts geschehen, was man den Griechen anlasten konnte. Aber das downgrading ließ die Kurse bröckeln, die CDS-Kurse gingen nach oben, die Rendite der Banken auch - und im gleichen Maße die Kosten der Kredite, die Griechenland zu bezahlen hat, d.h. die griechischen Steuerbürger, also die, die ihre Steuern zahlen. WER zu zahlen hat, wissen wir. Wer kassiert hat, ist gerichtsnotorisch nicht bekannt. Auch wenn die Griechen Schuld an ihrer Tragödie haben, die Spekulation ist da kosmopolitisch und gnadenlos rational. Sie hat sich ja inzwischen den Euro auserkoren, und Griechenland ist dabei ein kleiner Fisch. Wenn der Euro nicht zu knacken sein sollte, sind Portugal und Spanien an der Reihe, und dann Großbritannien, das Mutterland der Spekulation. Die "ehrliche Analyse", die Du forderst, ist also nur ehrlich, wenn sie Griechenland relativiert.

In dem Attac-Papier ist daher Griechenland tatsächlich weniger wichtig als die fatale, ja desaströse Wirkungsweise der Finanzmärkte. Von Deutschland aus Griechenland zu kritisieren und den Griechen gute Ratschläge zu erteilen, ist nicht Aufgabe des wiss. Beirats von Attac. Ich würde mir das nicht zutrauen und daher auch nicht anmaßen, und wahrscheinlich geht es vielen anderen im wiss. Beirat ähnlich. Daher haben wir uns das Recht herausgenommen, zu den Spekulationen etwas zu sagen, ohne

auf die griechischen Verhältnisse so ausführlich und kenntnisreich einzugehen, wie Du es für notwendig hältst. Es geht vor allem darum, dass in Europa die Finanzmärkte kontrolliert werden, bevor deren Akteure den Euro kaputt machen und der europäischen Integration schweren Schaden zufügen. Was jetzt passiert, war 1992 vorauszusehen. Aber nun sind wir 20 Jahre weiter und zur Abwendung einer schlimmen politischen Desintegration sind wir verpflichtet, den Euro zu verteidigen - so lange es geht. Daher ist es geboten, Griechenland in der Eurozone zu halten, so wie ein armer US-Bundesstaat in dem Dollarraum gehalten wird. Aber das erfordert eine Reform der EU und ihrer Ausgleichsmechanismen. Dazu wäre natürlich mehr zu sagen als in dem Attac-Papier zu finden ist. Die Defizite des Papiers sind offensichtlich, Du hast einige benannt. Aber das Papier kommt mit einer richtigen Stoßrichtung zur rechten Zeit. Ich bin mir bewußt, die anderen Verfasser sicherlich auch, dass es nicht das letzte Wort ist und verbessert werden sollte. Dazu ist Deine Hilfe höchst willkommen.

Darf ich Deinen Brief an den Wiss. Beirat weiterleiten? Ich fände dies sehr wichtig.

Herzliche Grüße  
Elmar

**Niels Kadritzke schrieb:**

Lieber Elmar,

klar kannst du gerne. Ich finde die Stoßrichtung eures Papiers ja durchaus richtig. Und deinen Erklärungen jetzt gibt es nichts entgegen zu setzen: das S&Ps downgrading war ein echter Coup (von irgendwelchen Schattenfiguren), denn es hatte sich in der Tat in GR nichts verändert (dass monatlich ein Generalstreik ist und auch sonst soziale Unruhen, ist eine Selbstverständlichkeit). Was mich in dem Zsh. jetzt am meisten aufregt: alle Kommentatoren, die Merkels Verschleppungstaktik mit Blick auf NRW verteidigen, übernehmen platt ihre Lüge, dass man so erreicht habe, dass die Griechen sparen. Das griechische Programm stand seit Ende Februar, und es war "hart" genug, von allen gewürdigt und belobigt. Da gab es nicht mehr Druck auszuüben (das überließ man "den Märkten"). Und die letzten Zusatzforderungen an den gr. Haushalt begründen sich lediglich daraus, dass man ihnen ein Programm für 3 Jahre vorschreibt.

Also: Ich habe nur ein argumentatives Defizit angemerkt und bin in der Tat der Meinung, dass es die Überzeugungskraft eurer Argumentation verstärkt, wenn man die griechische Krankheit auch benennt, zumal man die Hauptschuldigen in GR identifizieren kann: die Klientelparteien, reiche Steuerhinterzieher, Freiberufler (wie v.a. Notare, Rechtsanwälte, Architekten) aber auch korrupte Bürokraten mit Parteibeziehungen. Und Verzeihung: die Vokabel Klientelstaat muss einfach fallen, wenn man das Phänomen GR darstellt.

Dieser Einwand ist auch deshalb angebracht, weil ihr ja in einem anderen Punkt sehr konkret auf den Sonderfall GR eingeht: im Hinblick auf die Reparationsfrage. Wenn ihr das in die "moralische" Rechnung mit einsetzt, dann müsste auch der Faktor genannt werden, an dem die gr. Gesellschaft krankt (übrigens: die meisten meiner gr. Freunde sind der Überzeugung, dass eine "Wiedergutmachung" an GR ebenso versickert wäre wie die EU-Milliarden, die vor allem privatisiert wurden.

Ich freue mich, dass du für meine Einwände Verständnis hast und habe das umgekehrt auch für eure Eile. Natürlich kannst du meine Punkte gerne weiter leiten, wenn auch der Kollege Paech anderer Meinung sein wird (aber er steht wiederum mit seiner völkerrechtlichen Ansicht sehr einsam da). Es ist immer nützlich, Einwände und zusätzliche Informationen zur Kenntnis zu nehmen.

Herzliche Grüße  
Niels

### **Antwort von Elmar Altwater:**

Lieber Niels,

natürlich ist nicht nur im Staate Dänemark vieles faul, sondern auch in Griechenland. Und wenn wir schon dabei sind: auch in Deutschland. Die FTD ist voll mit Lügen- und Betrugsvorwürfen (zu Recht!) gegenüber unserer famosen Regierung. Ich kann nicht behaupten, ein Kenner griechischer Verhältnisse zu sein, kann mich nur auf Eindrücke beziehen, z. B. auf die Erfahrung, dass zum Bau einer kurzen Straße auf unserer wunderschönen Ferieninsel mehrere Jahre benötigt werden. Wir schließen schon Wetten darauf ab, wie viele Meter in den vergangenen 50 Wochen von Sommer zu Sommer konstruiert worden sind - und wie viele Baumaschinen, Schwerlaster und Großschredder auf Feldern und in Wäldern billigst entsorgt worden sind. Offenbar bringen die Baufirmen ihr bereits abgeschriebenes und nur noch beschränkt funktionstüchtiges Gerät auf die Inseln, stellen den Transport etc. in Rechnung, nutzen es, um ein paar Meter Straße zu bauen, kassieren EU-Gelder dafür und lassen dann das Gerät in der Natur liegen, sparen also die Entsorgungskosten. Möglicherweise lassen sie sich den fingierten Rücktransport sogar finanzieren. Ich weiß es nicht. Und das alles unter den Augen der Behörden, aber auch mit vielleicht zähneknirschender Duldung der Bevölkerung. Solche Usancen setzen sich fest, weil alle so handeln und dann werden die, die nicht mitmachen, zu seltsamen Propheten. Dass dieses Handeln verbreitet ist, haben wir bei Besuchen nicht nur auf Karpathos, sondern auch auf Icaria und Samos erfahren müssen. Auch dort verrotten die Baumaschinen am Straßenrand.

Also, ich stimme Dir in Deiner Kritik an den "griechischen" Zuständen zu. Dennoch wäre es nicht sinnvoll gewesen, diese in einem Papier für die deutsche Öffentlichkeit in den Vordergrund zu rücken, weil man damit nur den deutschen Rationalitäts-, Effizienz- und Sauberkeitschauvinismus bedienen würde, der - wie ich schmerzhaft in heftigem Streit erfahren musste - auch in der Linken verbreitet ist. Für die weitere Entwicklung sind ja die Funktionsweise der Finanzmärkte und die hilflosen und konterproduktiven Reaktionen unserer Regierung und der EU EZB, IWF entscheidend. Das ergibt sich schon daraus, dass wahrscheinlich Griechenland nur der Beginn einer Stafette von Schuldenkrisen ist, in der anderen Nationen in Europa sehr bald der Krisenstab weitergereicht wird. Der von Dir (und mir) geschätzte Thomas Fricke hat ja kürzlich in der FTD ein Szenario aus dem Jahr 2013 geschildert, das Deutschland am Schuldenpranger zeigt. Einigermassen realistisch.

In einem kritischen Papier, das die Öffentlichkeit in Griechenland anspricht, müssten hingegen die Zu- oder besser Missstände in Griechenland im Zentrum stehen. Das sollten Gruppen, Organisationen in Griechenland in die Hand nehmen. Sie kennen sich besser als Attac Deutschland aus, haben mehr Kompetenz und eine der Betroffenheit geschuldete (oder verdankte) größere (politische) Verantwortung.

Sei herzlich begrüßt

Elmar

### **Beitrag von Ingo Schmidt:**

Lieber Elmar, Niels und BeiratInnen,

Niels' Anmerkungen zum attac-Griechenland-Papier sind mE in der Tat bedenkenswert für die weiter Diskussion um den Übergang von der privaten Finanzkrise zu Fiskalkrisen in Griechenland und demnächst wohl auch anderen Ländern.

- Das Klientelregime in Griechenland hätte durchaus Erwähnung verdient - wenn gleichzeitig auf die Ursprünge solcher Regime hingewiesen worden waere. Meines Wissens bilden sich Klientelregimes heraus, wenn die oberen Klassen eines Landes zum Herrschen nicht gebraucht werden, sondern eher die Funktion des mittleren Managements in der imperialistischen Kette einnehmen (ohne ein grosser Poulantzas-Fan zu sein, scheint mir ein Rückgriff auf dessen Werk im Falle Griechenlands durchaus vielversprechend, der Genosse hat ja keine abstrakte Theorie produziert, sondern aus dem Exil zu Vorgängen in Griechenland Stellung bezogen).

- Niels spricht das "overstaffing" des öffentlichen Sektors in Griechenland und die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der griechischen Wirtschaft an. Diesbezüglich sollten wir in der Tat präziser sein und beispielsweise darauf hinweisen, dass es "overstaffing" auch in reichen und vermeintlich

effizienten Ländern gibt. U.a. in Finanzministerien und Zentralbanken, deren Personal entweder das Finanzsystem angemessen kontrollieren würde oder andernfalls besser in andere Bereiche, z.B. soziale Dienste, versetzt würde. Zudem gibt es overstaffing auch im privaten Sektor, beispielsweise im "Unternehmensberatungsgewerbe", dass sich ja schon fast zu einer eigenen Aneignungsform von Mehrwert herausgemausert hat, dessen Beitrag zum Produktivitätsfortschritt aber schwer zu erkennen ist (s. Arthur Anderson/Enron). Mit Blick auf den angeblichen Mangel an Wettbewerbsfähigkeit scheint mir eine sektoral differenzierte Analyse notwendig. Ohne die entsprechenden Daten durchforstet zu haben, scheinen mir diesbezüglich zwei Hypothesen plausibel: (1) der griechische Tourismus hatte schon vor der Krise mit Überkapazitäten zu kämpfen, weil Sonne, Strand und Wasser auch von vielen anderen Ländern angeboten werden (gut, dass es auch 'treue Kunden' wie Elmar und Birgit gibt :)), (2) griechische Reeder sind hocheffizient (auf Kosten des internationalen Proletariats auf den Schiffen), haben vom Euro profitiert (international anerkannte Recheneinheit), sind aber von den Umsatzeinbrüchen des Welthandels 2008/9 massiv getroffen worden.

- Der mE 'wundeste' Punkt, den Niels anspricht, ist die Position von attac und der Linken insgesamt zur Mitgliedschaft in der EWWU. Angesichts der chauvinistischen Töne, die Waigel et al. im Vorfeld der Euro-Einführung gegen den "Club Med" angeschlagen haben (der gleiche Ton, mit auch jetzt wieder Stimmung gegen "faule Südländer" gemacht wird), schien mir die Mitgliedschaft Griechenlands politisch durchaus unterstützenswert. Ob es ökonomisch ohne die Mitgliedschaft noch schlimmer gekommen wäre als jetzt mit der Euro-Fiskalkrise, ist eine leider nicht zu beantwortende aber spannende Frage (Schweden, allerdings in anderen Weltmarktsegmenten vertreten als Griechenland, hat sich von seiner post-Maastricht-Krise ja noch vergleichsweise gut erholen können und hat seither keine ernsthaften Ambitionen auf eine Euro-Einführung gezeigt). Mit Blick auf Osteuropa stellt sich die Frage "Euro in der Peripherie?" ja weiterhin. Gestern hat die EU-Kommission den Esten grünes Licht für den Euro gegeben (der IWF war schon vor anderthalb Jahren da). Befürworten wir diese Euro-Erweiterung oder nicht?

Mit fragenden Grüßen,  
Ingo

#### **Beitrag von Norman Paech vom 14.05.2010:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
da Elmar Altvater die Kritik von Niels Kadritzke an unserer Griechenland-Position an uns weitergeleitet hat, einige kurze Bemerkungen zur heftig kritisierten Entschädigungsfrage.

Natürlich kann man geteilter Meinung sein, ob dieses Thema in den Kontext der Schuldenkrise und die Misere in Griechenland gehört. Ich finde es aber durchaus angebracht, die unbestreitbaren Schulden Deutschlands an Griechenland aus der Zeit der Okkupation immer wieder ins Gedächtnis zu bringen, aus dem es alle Bundesregierungen bisher verbannen wollten. Bei manch anderem Staat steht die Berufung auf die deutsche Verantwortung aus der Geschichte im Vordergrund, sie sollte jetzt nicht unerwähnt bleiben, wenn es um die Schulden Griechenlands und die Rolle der Bundesregierung bei ihrer Eintreibung geht.

Richtig ist zudem, dass die Regierung Simitis - u. zw. auf Druck der Bundesregierung - die Zwangsvollstreckung aus dem rechtskräftigen Urteil verhindert hat. Dass das gesetzeswidrig war, hat weder unser Papier noch ich jemals behauptet, da ich die Gesetzeslage kannte. Ich bin mit Kadritzke einig, dass die geplante Zwangsvollstreckung nicht zu einer "Verscherbelung" der Institute hätte führen dürfen. Darum ging es aber auch den Klägern und ihrem Rechtsanwalt Stamoulis gar nicht. Sie wollten damit nur den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, um sie endlich von ihrer ewigen Weigerung abzubringen, sich mit den Opfern der Massaker der Wehrmacht und der SS wegen ihrer Entschädigungsforderungen

an einen Tisch zu setzen. Diesem Ziel dienten auch die - erfolglose - Klage vor deutschen Gerichten und die - erfolgreichen - Zwangsvollstreckungsklagen in Italien. Es geht allen Klägern vor allem darum, den Gesprächsboykott der Bundesregierung zu durchbrechen.

Diese fürchtet vor allem, dass bei einem Eingeständnis eine Flut weiterer Forderungen aus den in der Tat zahlreichen Massakern in Griechenland, Italien, Weißrussland etc. folgen könnte. Ihre ultimative Verteidigungslinie ist die Berufung auf ihre Immunität, d.h. dass sie von ausländischen Gerichten nicht verurteilt werden könnte. Dies ist ein altes völkerrechtliches Schutzdogma, welches in jüngerer Zeit allerdings zunehmend durchlöchert worden ist. Dieses habe ich bereits 1994 in einem Gutachten für die Kläger im Distomo-Verfahren nachgewiesen. Der Areopag hat seiner Zeit die gleiche Position vertreten, die italienischen Gerichte haben sich dem angeschlossen. Wenn Kadritzke meint, dass ich mit meiner Position einsam dastehe, so mag das vor fünfzehn Jahren so gewesen sein. Die Gutachter der Bundesregierung Tomuschat und McCaffrey würden ihm wohl auch heute noch Recht geben. Die Tatsache aber, dass das Zentralblatt der deutschen Völkerrechtswissenschaft das "Archiv des Völkerrechts " im vergangenen Jahr nun mein Gutachten veröffentlicht hat, spricht m. E. dafür, dass Einsamkeit kein Schicksal sein muss, wie ich durch die Reaktionen erfuhr, und auch herrschende Meinungen vergänglich sind. Ob das für die von der Bundesregierung jetzt gegen Italien vor dem Internationalen Gerichtshof angestrebte Klage reicht, ist wie bei jedem Gerichtsverfahren bekanntermaßen nicht voraussagbar.

Wie dem auch sei, es mag Griechen geben, die für die Verbindung der Entschädigungsfrage mit der Schuldenkrise kein Verständnis haben, es gibt jedoch auch genügend andere, die unsere Position begrüßen.

Mit besten Grüßen  
Norman Paech